

Leserbriefe

Geht Liechtenstein unter?

Zum Leserbrief «Liechtenstein schafft sich ab» in der Ausgabe vom 20.9.2019.

Ich respektiere Urs Kindles regelmässige Warnungen vor der Verdrängung des Christentums und seine subjektive Überzeugung, der kommunistische Antichrist komme in der Maske der Globalisierung daher. In glasklarer Konsequenz erwartet er entsprechend auch die «definitive Abschaffung Liechtensteins», sollte eine enge Mitarbeiterin des WEF-Gründers («eingefleischter Globalist») tatsächlich in unsere Regierung berufen werden. Wenn Urs Kindle überzeugt ist, dass der «Globalismus ein gefährlicher Wolf im Schafspelz» ist, übersieht er womöglich, dass das erfolgreichste und älteste globalisierte Unternehmen das Christentum ist. Sie gingen hinaus in alle Welt, nach Jerusalem, Afrika, Südamerika oder Asien und waren in den Methoden für die globale Ausbreitung ihrer Lehre nicht immer zimperlich. Dennoch sei es Urs Kindle zugestanden, sich für seinen wahren Katholizismus weiterhin einzusetzen und sich dem Globalismus-Prototyp, wie ich, dennoch eng verbunden zu fühlen. Manchmal tut mir Urs Kindle in seiner Angst und Ohnmacht ein wenig leid, andererseits freue ich mich, dass eine offensichtlich gescheite junge Frau mit weltweiten Erfahrungen in unsere Regierung berufen werden soll. Das wird eine Bereicherung sein.

Georg Kieber, Binzstr. 6, Mauren

Restaurant Mühle Vaduz

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Eine Gemeinde (via Gemeinderat) kauft ein Restaurant und lädt anschliessend die Bürger zu einer Besichtigung mit Brainstorming über dessen Nutzung ein, weil man selber nicht weiss, was damit anzufangen und warum man es gekauft hat. Das Resultat: Obwohl es anscheinend an möglichen Alternativen nicht fehlt, muss als zielführendste Option ein Abriss des Gebäudes in Betracht gezogen werden. Meine volkswirtschaftliche Erinnerung daher an alle Volksvertreter: Auch wenn Geld keine

grosse Rolle spielt, wirtschaftliche Sinnhaftigkeit sollte bei Investitionen stets im Vordergrund stehen. Dieser Grundsatz gilt schon seit Menschengedenken in der Privatwirtschaft und sollte auch in der Politik (sowohl kommunal als auch auf Landesebene: Beispiel Landesspital) angewendet werden.

Ivo Kaufmann, Fingastrasse 2a, Triesen

Nachtigall, ick hör' dir trapsen!

Das sagten schon die Römer zu Cäsars Zeiten, wenn sie ahnten, wohin eine Sache wohl führen könnte. Geht es Ihnen auch manchmal wie den Römern zu Cäsars Zeiten? Ich, auf jeden Fall, kann es beim besten Willen nicht abstreiten. Zum Beispiel erst am Donnerstag wieder, als ich den Leserbrief las, «HalbeHalbe, aber keine Quote». Denn, selbst wenn es bei dieser Initiative letztendlich nicht um die Durchsetzung der Frauenquote direkt geht, so wird es wohl doch zumindest um die Schaffung von Voraussetzungen gehen, die eine Durchsetzung der Frauenquote zu einem späteren Zeitpunkt begünstigen sollen. Es geht darum, das Feld zu bestellen. Es geht um die Erreichung eines Etappenziels auf dem Weg zur Frauenquote. Weshalb ich sage, was ich sage? Dazu gäbe es Verschiedenes zu erwähnen. Belassen wir es für den Moment aber erst einmal bei der simplen Tatsache, dass es bei den Damen und Herren, die uns diese Mogelpackung verkaufen wollen, und dem Verein Hoi Quote «personelle Überschneidungen» gibt. Und auch die Mitglieder des Initiativkomitees, für die das nicht zutreffen sollte, sind vermutlich keine erklärten Kritiker, geschweige denn Gegner der Frauenquote. Sie dürfen ausnahmslos zum Kreis der Befürworter dieses ideologischen Unrechtsprojekts gerechnet werden. Und dennoch will man uns nun allen Ernstes erzählen, dass bei den Damen und Herren, die – wie für jedermann unschwer ersichtlich – in Sachen Frauenquote klar positioniert sind, ein (fundamentaler?) Sinneswandel stattgefunden hat? Lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen! Auf dem Spiel steht nicht weniger als eine der tragenden Säulen des freiheitlich verfassten Rechtsstaats: der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Das verträgt

sich nicht mit Geschlechterquoten. Und lassen Sie sich nicht einschüchtern und mundtot machen! Von Roland Marxer z. B., der offensichtlich der Ansicht war, in seinem Leserbrief u. a. schon einmal präventiv festlegen zu müssen, welche Art von Kritik zu dieser Initiative zulässig sein soll und welche nicht.

Hans Mechnig, Tröxlegass 46, Schaan

Wer zwängelt denn da?

Zum Standpunkt «Kritische Gedanken zu HalbeHalbe» in der Ausgabe vom 20.9.2019

VU-Parteisekretär Michael Winkler zitiert aus einer Stellungnahme von Roland Marxer und echauffiert sich darüber, dass die Initiative HalbeHalbe Zwängerei sei. Warum verstehen Sie das als «Zwängerei» – der Einzige, der zwängelt, sind Sie. Ja, und Sie haben Recht, bei den Gemeinderatswahlen 2019 haben Frauen massiv aufgeholt. Aber Sie nehmen nicht im Ernst an, dass diese Schwalbe schon einen Sommer macht. Und was die Ursache dieses plötzlich so guten Zuwachses an Frauen war, darüber wollen Sie nun bestimmt vertieft diskutieren. Roland Marxer verwies zurecht, dass man in diese Initiative nichts hineininterpretieren müsse, für Sie war dies wohl eine Einladung, genau das zu tun. Herr Winkler, wenn es Ihnen mit Ihren Bekenntnissen zu mehr Frauen in der Politik ernst ist, dann wäre es adäquater, die Initiative wertzuschätzen. Das würde ihre eigene Glaubwürdigkeit massiv erhöhen.

Karin Jenny, Untere Rüttigasse 5, Vaduz

Ökoterror im Anflug!

Die Grenze zwischen Fundamentalismus und Terrorismus ist leicht zu überschreiten, wenn man eine Meute von hysterischen, nicht ausgereiften jungen Menschen ins Boot holt, die nichts wissen, aber fest glauben. Es ist sehr einfach, einige davon so emotional zu steuern, dass sie den Schritt in den Terrorismus gehen. Fundamentalismus, die Unfähigkeit, differenziert wahrzunehmen und damit eine Art der geistigen Behinderung. Auch die Geschichte lehrt uns, dass die Grenze

zwischen Fundamentalismus und Terrorismus schmal ist und meistens überschritten wird. Eine Manipulation von denjenigen, die sich darin gefallen, mit der Masse der Naiven, der Kinder und Leichtgläubigen zu spielen, um Hysterie und Angst vor der angeblich drohenden Klimapokalypse zu verbreiten, in dem Wissen, wie schnell aus Hysterikern Terroristen werden. Jugendliche Klimaaktivisten aus Europa trafen sich während einer Woche in Lausanne. Am Ende zogen sie antikapitalistische Parolen schreiend durch die Stadt. Sie wollen die Gesellschaft ändern. Unterstützt wurden sie auch von öffentlichen Institutionen aus der Schweiz. Die Klimabewegungen radikalisieren sich zunehmend. Am 10. September fand eine Farb-attacke auf die Limmat in Zürich statt, mutwillig wurde die Limmat in giftgrüner Farbe verunstatet von «Extinction Rebellion». Die Kernbotschaft einer wachsenden Bewegung lautet: Der Klimawandel führt zur baldigen Apokalypse, zum Untergang der Menschheit.

In London hat die Bewegung von «Extinction Rebellion» gedroht, man werde mittels Drohnen den ganzen Flugverkehr lahmlegen. Vergleichsweise eine kleine Anzahl von Klimaaktivisten versperrten Anfang Juli am Paradeplatz Zürich die Eingänge von UBS und Credit Suisse. Eine Strategie, die versucht, möglichst viele Menschen von ihren Anliegen zu überzeugen? Alles Beispiele für eine Welle von ökoterroristischen Unternehmungen. In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele, wie die Jugend missbraucht wurde. Die Kulturrevolution in China, einer, wenn auch der verheerendste Missbrauch in der Geschichte, neben dem Missbrauch der Jugend unter den braunen Sozialisten Hitlers! CO₂, derzeit auch eine grosse Bühne in der Politik. Kinder und Teenager, die neue Moralinstanz in Sachen Klima? Das Ganze ist doch sehr gewöhnungsbedürftig. Vielleicht eher jugendliche Selbstüberschätzung? Wenn uns die Geschichte etwas lehrt, dann ist es die Tatsache, dass die grössten Verbrechen unter dem Vorwand geschahen, die Welt vor dem Bösen zu retten. Auch die Ökobewegungen und ihre politischen Unterstützer setzen mittels Kollektivethik auf Gleichschaltung und Zwang!

Ulrich Hoch, Grischaweg 11, Triesenberg

Parteienbühne

Ruggeller Riet: Taten statt Worte!

Unser Naturschutzgebiet Ruggeller Riet ist von internationaler Bedeutung und ein «Juwel» der Artenvielfalt. Hier kommen Pflanzen- und Tierarten vor, die es in der Umgebung nicht mehr gibt. Das Ruggeller Riet ist jedoch stark bedroht. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen insbesondere in der zunehmenden Austrocknung, der Zerstörung der Torfkörper durch Nährstoffeintrag und der Ausbreitung von Neophyten wie der Goldrute. Zusätzlich machen sich generell die Auswirkungen der Klimaerwärmung negativ bemerkbar. Das Ruggeller Riet kann noch gerettet werden. Das verlangt aber umgehendes und beherrschtes Handeln. Es darf keine Zeit mehr verloren gehen. Mass-

nahmen müssen jetzt ergriffen werden, um das Ruggeller Riet für unsere Enkelinnen und Enkel zu erhalten. Die Fraktion der Freien Liste wird daher anlässlich der Behandlung der Interpellationsbeantwortung zum Naturschutzgebiet Ruggeller Riet im Oktober-Landtag von der Regierung ein politisches Commitment einfordern, das mit konkreten, zeitnahen Massnahmen zum Erhalt, Schutz und zur Verbesserung dieses einzigartigen Torfmooses verbunden ist. Ein verbindlicher Aktionsplan muss her. Es muss jetzt konkret und schnell gehandelt werden, dafür setzen wir uns ein.

Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion der Freien Liste

Forum

Es braucht einen zusätzlichen Verfassungsauftrag

Zum «Standpunkt» von VU-Parteisekretär Michael Winkler, Liechtensteiner Vaterland vom 20. September 2019

Das Initiativkomitee HalbeHalbe möchte zu den im Standpunkt vorgebrachten Argumenten nur bezüglich der Frage der vorgeschlagenen neuen Verfassungsbestimmung Stellung nehmen: Was in der Verfassung steht bzw. was in die Verfassung aufgenommen werden soll, ist niemals «unverbindlich», wie im «Standpunkt» unterstellt wird. Die Verfassung ist das oberste Gesetz, das die Politik zum Handeln auffordert. An die Verfassungsbestimmungen haben sich alle zu halten. Bei der Verfassung handelt es sich um den «grossen Rahmen», innerhalb dessen sich staatliches Handeln entwickeln kann und muss. Bei Weitem nicht alle bisherigen Verfassungsbestimmungen sind so konkret, dass sie nicht der ausführenden Gesetzgebung bedürftig hätten bzw. bedürfen. Mit dem Argument, die Gleichberechtigung sei bereits in der Verfassung verankert, ist zwar ein Grund-

recht für Frauen und Männer definiert. Wie die bisherige Erfahrung in Liechtenstein zeigt, braucht es aber aus der Sicht des Initiativkomitees – als neues Element der Konkretisierung – einen zusätzlichen Verfassungsauftrag an die Politik, diese Gleichberechtigung gerade auf der Ebene der Betätigung in politischen Gremien zu verankern. Es ist auch der Behauptung zu widersprechen, dass die Gleichbehandlung in der Politik nicht von Verfassungsbestimmungen, sondern von handelnden Personen abhängt. Auch diese handelnden Personen haben sich an Bestimmungen der Verfassung zu halten, und genau diese handelnden Personen werden über den vorgeschlagenen Verfassungszusatz angesprochen. Es entspricht im Übrigen einem Grundrecht bei uns, dass Initiativen ergriffen werden können. Dies als «Zwängerei» abzutun, widerspricht unserem Demokratie- und Verfassungsverständnis.

Eine Stellungnahme des Initiativkomitees «HalbeHalbe»

In der Rubrik «Forum» äussern sich Verbände, Vereine, Institutionen, Aktions- und Interessensgemeinschaften zu aktuellen In-

land-Themen. Der Umfang darf maximal 3000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen. Zu lange Beiträge werden abgewiesen.

Wie schaffe ich nachhaltig Räume in der Zukunft?

Natur...

Raum?

2039
Mein Liechtenstein

Mitreden. Mitgestalten. Mitmachen.

23. und 24. November 2019
www.300.li/2039

